

# Dresdner Volkszeitung

Kollektionskonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Carl, Ernst & Co., Dresden.  
Bank der Arbeiter, Anstalten  
und Beamten, A.-G., Dresden.  
Gebrüder Henckels, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne schriftliche Benachrichtigung, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitungen.

Wiederherstellung des Bestandes  
Gesamtwert einschließlich Vermerkungen mit den täglichen Untereinstimmungen 240 Mark, halbjährlich 120 Mark, Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzingplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361. Zusendung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsleitung: Weitzingplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 1277. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis, die 30 mm hoch, Monatspreis 35 Pf., die 30 mm breite Anzeigen 200 Pf., für ansonstige Anzeigen 40 Pf. und 200 Pf. monatlich. Einzelnummern, Stellen- und Wiedergabe 40 Pf. Abdruck für Kleinanzeigen 15 Pf.

Nr. 52

Dresden, Sonnabend den 2. März 1929

40. Jahrgang

## Das Ende der Koalitionsverhandlungen

Die Volkspartei lehnt Müllers Vorschläge ab — Das Minderheitskabinett will bleiben

### Volkspartei will Richtlinien

Das Kabinett Müller steht wieder dort, wo es vor Wochen stand, als die Verhandlungen zur Bildung der Großen Koalition begannen. Der Reichszugler hat in fünf Punkten die Grundlagen der von ihm angebotenen Großen Koalition skizziert, die Volkspartei lehnte ab. Sie will wissen, wie man sich den Etat denkt, was ihr in Steuerfragen droht und fordert Annahme ihrer Bedingungen. Die Verhandlungen sind gescheitert, der Bericht bei Hindenburg wird den Schlusssatz dahinterlegen.

Vor etwa 14 Tagen knippten die Verhandlungen am Zentrum, das der Partei Streifmühs in Bremen und im Reich nicht so viel Ministerfrische einräumen wollte, wie gebilligt wurden. Diesmal hofft die Volkspartei, und der Stuch der andern Koalitionspartner prallt auf ihr Haupt. Wir möchten manchem Führer in der Sozialdemokratie wünschen, sich auch in diesem Falle nicht von Stimmungen leiten zu lassen. Wir haben mehrfach unterstrichen, daß hinter der Abneigung der Volkspartei gegen neue Steuern nur die Steuerfurchen der Besitzenden steht. Aber daß die Schulz und Konforten dies gestehen, indem sie sich vor neuen Steuern befreizigen, trägt sehr zur Klärung der Lage bei, soweit es noch etwas zu klären gibt. Wenn die Volkspartei vor der Koalitionsbildung einige Klarheit in sachlich politischen Fragen wünscht, so ist diese Methode richtig. Zu fragen bleibt nur, warum man sich darauf so spät befaßt? Der Schulz und die Seinen haben doch alles vor Wochen schon gewußt! Warum erklärten sie nicht im Januar schon: Verständigung über das und das, ehe wir an die Verteilung der Ministerposten gehen!

Es gab einmal eine Zeit — lang, lang ist's her —, da forderte die Sozialdemokratie, ehe sie in die Große Koalition tritt, Klarheit über die zu lösenden Aufgaben. Damals hielten sich daran die Streifmänner entriestet und zornig. Mühlmann, Arbeitsprogramm — welche Verneinung! Los von der Parteipolitik! Die Minister setzen sich zusammen und werden sich über das Mögliche verständigen, das Mögliche muß geschehen! — So moralisierte man damals gegen die Sozialdemokratie oder die sozialdemokratischen Mütter, die allerhand Fragen der Regierungsmehrheit vorher geklärt wissen wollten — so rätionierte man damals lustig drauflos.

Seute ist es die Volkspartei, die vor dem Ungetuften zurückbleibt. Man wird sich das merken müssen, denn in der Politik wird rasch vergessen, und es ist möglich, daß binnen kurzem es wieder die Volkspartei ist, die ihre alten Volksgemeinschaftsbrüder ausgräbt und von andern Parteien eine Verteilung an der Regierung auf jeden Fall und jede Perspektive hin fordert.

Und nun? Was soll werden? Die ewige Doktorfrage. Es ist unseres Erachtens höchste Zeit, daß Hermann Müller seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegt. Denn da die Zahlenverhältnisse im Parlament über das Erreichbare entscheiden, so ist es ohnehin unwahrscheinlich, daß dieses Kabinett mit wechselnden Mehrheiten eine Arbeit zu leisten vermag, mit der sich die Parteien zufrieden geben könnten. In der Volkspartei herrscht eine starke Strömung, die die Situation für einen neuen Bürgerblock reif machen möchte, und auch der rechte Flügel des Zentrums scheint sich nach einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen; sie sind für Skulpturreaktion sehr gut zu gebrauchen. Ein solcher Bürgerblock würde gegenwärtig den Machtverhältnissen im Reich unbeschwerlich entsprechen. Mag man ihn also heranzüchten, bevor er den Etat ausbalancieren, mag er die Sozialfürsorge haben, um eine Belastung der Besitzenden zu vermeiden — die Abrechnung würde folgen.

Wir befürchten jedoch, daß das Kabinett Müller bleiben wird, um Schimmeres zu verhüten... Aber verhilft man mehrere Schädigungen des Parlamentarismus und der Demokratie auf die Dauer dadurch, daß unter der Verantwortung der Sozialdemokratie weitergewirkt wird? Wir glauben das nicht, und die weitere Entwicklung wird beweisen, daß unsere Genossen in der Regierung mit den bloßen Willen zum Regieren an gewissen Machtverhältnissen und Lauffachen nichts ändern können.

Aus Berlin wird uns berichtet:

8. Am Freitag nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichszuglers die in Aussicht genommene zweite Besprechung mit den Fraktionsführern der gegenwärtig in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die Schaffung fester Regierungsverhältnisse statt. An dieser Besprechung nahmen auch die Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Stegerwald und Abg. Esser, teil. Der Reichszugler unterbreitete den Vertretern der fünf Fraktionen nachstehenden Entwurf zur gemeinsamen Beschlußfassung:

1. Die fünf Fraktionen des Reichstags unterstützen die Regierung der Großen Koalition.
2. Sie gehen dadurch koalitionsmäßig die Verpflichtung ein, der Reichsregierung mit allen Kräften zu helfen, die gegenwärtig im Reich bestehenden politischen Aufgaben in gemeinschaftlicher Arbeit zu lösen. Die koalitionsmäßige Bindung bedeutet nicht ein Festlegen der einzelnen Fraktionen auf Gesetzentwürfe in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Vielmehr hat jede der fünf Fraktionen das Recht, ihre etwa abweichende politische Auffassung im Rahmen der gemeinschaftlichen Koalitionsarbeit zur Geltung zu bringen mit dem Ziel, daß dieser Versuch zu einer Einigung führt.
3. Um das in Ziffer 2 umschriebene Ziel zu erreichen, werden zwei Ausschüsse gebildet, einer für allgemeine politische Fragen und ein anderer für die zur Zeit im Vordergrund stehenden Fragen des Reichshaushalts und der Steuerpolitik.
4. Der erste Ausschuss tritt zusammen, sobald der Reichszugler oder einer der Reichsminister oder eine der beteiligten Fraktionen dies wünschen. Die fünf Fraktionen werden einer solchen Einladung entsprechen.

Der zweite Ausschuss zur Beratung der Fragen des Reichshaushalts und der Gestaltung der Steuern tritt unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers der Finanzen sofort zusammen. Den fünf Fraktionen bleibt es unbenommen, sich in diesem Ausschuss neben dem Koalitionsvorsitzenden durch Abgeordnete mit besonderer Sachkenntnis auf finanz- und wirtschaftspolitischen Gebieten vertreten zu lassen. Die dem Ausschuss liegt die Aufgabe ob, den Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 für die Abstim-mungen im Reichstag entscheidungsbereit zu machen. Die fünf Fraktionen sind einzig in dem Bestreben, den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 so präzis als möglich zu gestalten und werden zu diesem Zweck durch Abstriche neue Steuern nach Möglichkeit zu vermeiden suchen. Derselben Ausschuss werden auch die Vorschläge des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei zur Prüfung übergeben.

5. Die fünf Fraktionen sind sich einig, daß im Laufe des März der Haushaltsplan 1929 und ein Entwurf für die ersten Monate des Staatshaushalts 1929 erarbeitet werden müssen. Ebenso soll nach Erledigung des Reichshaushaltsplans 1929 durch den Reichszugler die erste Lesung dieses Haushaltsplans im März im Reichstag stattfinden, damit den unter Ziffer 4 Absatz 2 erwähnten Ausschüssen die verhandlungstechnische Hilfe gegeben wird.

In der sich anschließenden Aussprache erklärten die Vertreter des Zentrums, daß ihre Fraktion voraussichtlich bereit sein werde, auf dieser Grundlage wieder in die Regierung einzutreten. Dagegen erklärte der Abg. Dr. Schulz, daß die Deutsche Volkspartei zwar mit den in den Ziffern 3 bis 5 dargestellten Zielen einverstanden sei, dagegen vor völliger Klärung der Staats- und Steuerfragen eine irgendwie geartete festere Bindung der Regierung im Sinne der Ziffern 1 und 2 nicht zugestehen könne.

Nach dieser Erklärung mußte der Reichszugler am Schluß der Aussprache feststellen, daß der Versuch zur Schaffung der Großen Koalition im Reich zur Zeit als gescheitert anzusehen sei und er nun weitere Schritte nach dieser Richtung nicht mehr unternehmen werde. Die Reichsregierung werde bis bisher gegenüber den Anträgen der Parteien, die sie nicht verantworten könnte, ihre ablehnende Haltung auf alle Konsequenzen hin klar zum Ausdruck bringen. — Der Reichszugler wird dem Herrn Reichspräsidenten über den Ausgang der Verhandlungen Bericht erstatten.

### Das Kabinett Müller bleibt

D. Berlin, 2. März. (Eig. Zuspruch.) Der negative Verlauf der Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung wird heute in der Berliner Morgenpresse ausführlich besprochen. Die Germania des Zentrums sagt: Die Frage, was nun werden soll, ist nicht zu beantworten. Was werden wird, das hängt auch heute noch in erster Linie von den Entschlüssen des Reichszuglers ab, dessen Aufgabe es ist, über die Arbeitsfähigkeit der Reichsregierung zu machen.

Der Vorwärts schreibt: Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei in der nun beginnenden politischen Entwicklung ist nicht ungunstig. Daß ein sozialdemokratischer Kabinett, ein sozialdemokratischer Finanzminister ohne sozialdemokratische Mehrheit im Reichstag bedingte Rückschlüsse auf die bürgerlichen Mittelparteien nutzlos ist. Den Schaden würden dann die schuldigen Parteien tragen. Das würden sie gewiß bemerken nach einer Reichstagsauflösung, über die schon so viel gesprochen wird.

Aus diesen Äußerungen des Vorwärts darf geschlossen werden, daß das Kabinett Müller bleibt und es auf einen Sturz im Reichstag ankommen lassen will.

## Das zweite Heer

Denjenigen, die da meinen, das deutsche Volk habe an das Militär lediglich die nicht unbedeutlichen Reichswehrausgaben von 700 Millionen Mark jährlich zu leisten, muß alljährlich wieder verrietet werden, daß wir neben dem aktiven Heer mit seinen 700 Millionen Mark noch ein zweites Heer, das heißt die geschlagene und abgerüstete kaiserliche Armee mit einer nahezu doppelt so großen Summe von 1600 Millionen Mark zu unterhalten haben. Ein Blick



Verstärkung in Europa. Trotz allen Bemühungen der Friedensfreunde in allen Ländern ist die Abrüstung bisher nicht weiter gekommen. Bezeichnend ist auch die Verteilung der Kampfmittel in unserer Welt: Während Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien keine Militärstützpunkte besitzen, haben die anderen Staaten rund 6500 Stützpunkte zur Verfügung.

in den Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter für das Rechnungsjahr 1929 beweist uns das. Dieser Haushalt schließt ab in 1929 mit einer Ausgabe von 1744 400 000 Mark gegen 1780 397 000 Mark in 1928.

Der Minderjahrgang von 35 Millionen Mark ist in der Hauptsache auf die Verringerung der Ausgaben bei der Militärversorgung zurückzuführen.

In Ziffer 1 heißt es nämlich, daß der Minderbedarf in erster Linie durch den Abgang, d. h. den Tod von Offizieren der ehemaligen Wehrmacht um 24 Millionen Mark zu erklären ist. Der Minderbedarf (im ganzen) im Kapitel der Militärversorgung macht 32 664 000 Mark aus.

Dafür hat man vernünftigerweise die Ausgabe für die Kriegsbeschädigten um 25 Millionen Mark erhöht.

Auch die Haushaltziffer, die die Ausgaben für Hinterbliebene von Angehörigen der früheren Wehrmacht enthält, hat sich durch Abgang von Witwen durch Tod und Wiederverheiratung sowie durch Abgang von Witwen durch Erreichung der Altersgrenze um 29 Millionen Mark verringert.

Die drückendsten Kriegslasten auf dem Gebiete der Versorgung mildern sich also zusehends: Die alten Generale rücken bei der großen Armeewieder ein, die Witwen verheiraten sich, wenn sie Geld haben, und die Weibchen erreichen die Altersgrenze und befruchten den Arbeitsmarkt.

Trotzdem ist die Belastung des Haushaltsplanes 1929 durch die alte Wehrmacht immer noch ganz ungeheuer. Während die gesamte „Zivilversorgung“ für sämtliche Reichsbehörden nur 105 323 000 Mark erfordert, verlangt Ziffer 2 des Budgetgesetzes 1 619 615 000 Mark allein für „Militärversorgung“.

Das zweite Heer hat auch hier vor der eigentlichen Reichswehr einen mächtigen Vorsprung voraus:

Es beträgt die Ziffer der Versorgungsgebühren für frühere Angehörige der Wehrmacht:

- A. Ehemalige Wehrmacht: 784 811 720 Mark.
- B. Neue Wehrmacht: 2 083 790 Mark.